

19. Dezember 2019

Pre s s e m i t t e i l u n g

Nr. 23

ÖGD: Tarifverhandlungen durch Arbeitgeber abgebrochen Ärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst fordern weiter Bezahlung nach Ärztetarif

Dresden: Die Tarifverhandlungen, die der Marburger Bund (MB) für die Ärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst führt, wurden durch die Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) aus scheinbar vorgeschobenen Gründen abgebrochen. Die Sächsische Landesärztekammer warnt wegen zunehmenden Personalmangels vor einer weiteren Verschlechterung der Situation bei der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung.

Die Vizepräsidentin der Sächsischen Landesärztekammer, Dipl.-Med. Petra Albrecht, selbst Fachärztin für Öffentliches Gesundheitswesen und Amtsärztin im Landkreis Meißen, findet klare Worte: „Diese Art der Verhandlungsführung ist nicht nur respektlos und durchschaubar, sie ist auch gefährlich. Und zwar für die Gesundheit unserer Bürger. Die Forderung nach einer arztgerechten Bezahlung der Ärzte im ÖGD ist eine essenzielle, denn in vielen Ämtern führt der Ärztemangel längst zur Überlastung des vorhandenen Personals. Die Handlungsfähigkeit der Gesundheitsämter steht auf dem Spiel. Impfungen und Schuluntersuchungen können bereits jetzt nur noch in eingeschränkter Form durchgeführt werden.“

Ärzte im ÖGD verdienen laut MB immer noch deutlich weniger als ihre Kollegen in der Klinik. Die Gesamtzahl der berufstätigen Ärztinnen und Ärzte in den Gesundheitsämtern ist in den vergangenen 18 Jahren um ein Drittel zurückgegangen. Demografisch verschärft wird die Situation auch. In spätestens zehn Jahren sind die meisten der heute noch aktiven ÖGD-Ärzte im Ruhestand.

Hintergrund: Unmittelbar nach Beginn brachen die Vertreter der VKA die Tarifverhandlungen ab. Angeblicher Grund war der Wunsch des Deutschen Beamtenbundes (dbb), die Tarifverhandlungen für die betroffenen Ärzte führen zu wollen. Der Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD) zeigte sich von diesem Vorgehen entrüstet, hatte man doch die Mitgliedschaft im dbb bereits 2017 gekündigt. Insofern bestehe keine Legitimation des dbb die Ärztinnen und Ärzte der ÖGD in Tarifverhandlungen zu vertreten.



Knut Köhler M.A.,
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit